

Wissen

«Die Schweiz müsste sich schämen»

Axpo-Chef zur Energiewende Brauchen wir mehr Gaskraftwerke? Muss Beznau länger laufen? Christoph Brand sagt, wo er die grössten Widerstände beim Atomausstieg in der Schweiz sieht.

Stefan Häne und Martin Läubli

Nach dem Aus für das Stromabkommen mit der EU scheint Panik in der Branche zu herrschen: Drohen nun Stromengpässe?

Ich nehme keine Panik wahr. Es läuft, zum Glück, eine sachliche Diskussion darüber an, wie wir unsere Stromversorgung sichern können.

Die Strombranche warnt aber, ohne das Abkommen sei die Versorgungssicherheit schon ab 2025 gefährdet.

Es gibt in der Tat Szenarien, die diese Gefahr plausibel aufzeigen: Der Winter ist sehr kalt, der Stromverbrauch entsprechend hoch, dazu herrscht in Europa eine Windflaute, und in der Schweiz gehen ein oder zwei Kernkraftwerke temporär vom Netz. Eine ähnliche Situation hatten wir 2015. Eine neue Regel verschärft diese potenzielle Gefahr: Ab 2025 müssen die Nachbarländer der Schweiz mindestens 70 Prozent der grenzüberschreitenden Kapazitäten für den Handel zwischen EU-Mitgliedsstaaten reservieren. Die Importkapazität für die Schweiz wird also kleiner.

Wird die Schweiz abgehängt von Europas Strommarkt?

Auf Fachebene herrscht Einigkeit, dass es unsinnig wäre, die Schweiz zu diskriminieren. Als es im Januar in Nordwesteuropa zu einem Spannungsabfall gekommen war und die Gefahr eines Blackouts bestand, hat die Schweiz mitgeholfen, das europäische Stromnetz zu stabilisieren. Das zeigt, welche Bedeutung die Schweiz hat. Eine andere Frage ist, wie stark die EU nach dem Aus für das Rahmenabkommen Druck auf die Schweiz ausüben will. Die politische Sicht könnte so die fachliche verdrängen.

Sinnvoll wäre es also, von Importen unabhängiger zu werden. Der Bundesrat will die Produktion von Solar- und Windenergie bis 2035 von etwa 4 auf 17 Terawattstunden vervierfachen. Ist das ein realistisches Ziel?

Technisch, ja. Aber das reicht nicht. Es muss auch politisch machbar und wirtschaftlich sein. Genau hier liegt aber das Problem. Sie müssen sich das mal vorstellen: Das Windkraftportfolio der Axpo besteht in der Schweiz aus bloss einer Windenergieanlage, im Entlebuch. Und das liegt nicht daran, dass wir es nicht probieren würden.

Wer ist schuld?

Jedes Projekt wird erbittert bekämpft. Kompromisse sollen immer die anderen machen: Die Windkraftgegner sagen, baut die Wasserkraft aus. Die Wasserkraftgegner sagen, baut Fotovoltaik. Und bei der Fotovoltaik kommt der Denkmalschutz. Uns fehlt der gesellschaftliche Konsens, dass der Strom irgendwoher kommen muss und dass es ohne Kompromisse nicht geht.

Wie lösen Sie das Problem?

Simonetta Sommaruga hat einen runden Tisch ins Leben gerufen



Die Energiebranche ist nach dem Aus des Stromabkommens verunsichert: Starkstromleitungen in der Nähe des Umspannwerks Brütten. Foto: Urs Jaudas



Christoph Brand
Axpo-Chef

mit dem Ziel, Einigkeit bei jenen Wasserkraftprojekten mit dem meisten Potenzial herzustellen. Wir stehen hinter diesem Vorgehen, wir sind bereit, Projekte zu realisieren. Ich erwarte aber von den Umweltverbänden, dass auch sie Kompromisse machen. Damit die Energiewende gelingt, müssen wir um jede Terawattstunde kämpfen. Wenn wir alle die Projekte zur Wasserkraft realisieren, die am runden Tisch nun besprochen werden, dann kommen wir auf zusätzliche zwei Terawattstunden Strom. Damit ist die Energiewende natürlich noch nicht geschafft. Aber wenn wir die Wasserkraft vernachlässigen, verschärft sich das Problem. Wir dürfen nicht vergessen: Die Produktion der Wasserkraft

ist ohnehin leicht rückläufig – wegen der ökologischen Auflagen, die immer strenger werden.

Beim geplanten Trift-Stausee haben grosse Umweltverbände frühzeitig eingelenkt. Doch eine kleine Gruppe von Umweltschützern bekämpft das Projekt nun trotzdem...

Mir fehlt da die Solidarität. Was ist schlimmer: der Klimawandel oder ein neuer Stausee? Ja, ein Stausee bringt auch Eingriffe in die Biodiversität mit sich. Trotzdem ist für mich die Antwort klar.

Soll das Beschwerderecht eingeschränkt werden?

Nein, ich fände es allerdings sinnvoll, den Rechtsweg zu beschleunigen. In Frankreich zum Beispiel wurde die unterste Rekrursebene gestrichen. So gelangen Streitfälle schneller ans oberste Gericht. In Frankreich können wir einen Windpark in vier Jahren bauen – in der Schweiz ist ein solches Tempo bis jetzt undenkbar.

Dissens mit Frau Sommaruga haben Sie bei der Frage, wie die erneuerbaren Energien künftig gefördert werden sollen.

Steuermittel sollen nur fließen, wenn es wirklich nötig ist. Das erreichen wir am besten mit der gleitenden Marktprämie. Dass sie gut funktioniert, zeigen die Erfahrungen, die global damit gemacht werden. Der Staat garantiert dem Projektbetreiber, der am günstigsten offeriert, einen Preis pro produzierter Megawattstunde. Nur wenn der Marktpreis unter dem offerierten Preis liegt, fließen Fördergelder. In diesem Fall erhält der Betreiber die Differenz. Das ist viel effizienter als die Investitionsbeiträge, die der Bund vorsieht. Bei diesem Modell erhält den Zuschlag, wer den besten Preis offeriert. Fördergeld fliesst, egal ob die Anlage später rentabel ist oder nicht.

Aber Ihr Modell lässt offen, wie viel Geld der Staat letztlich zahlen muss.

Das stimmt. Aber die Realität zeigt: Wir machen im Ausland bereits heute Zuschläge, die unter dem aktuellen Strompreis sind. Wir gehen also auch so ein unternehmerisches Risiko ein.

Die Energiewende scheint weiter zu stocken. Müssen die Atomkraftwerke nun einfach länger laufen, Beznau also länger als bis gegen 2030, wie dies die Axpo plant?

Wir sind bereit, über die anvisierten Laufzeiten zu reden – unter drei Bedingungen. Erstens: Es gilt, das vom Volk 2017 beschlossene Neubauperbot zu akzeptieren. Zweitens: Das absolut Wichtigste ist die Sicherheit der Wer-

ke. Wir würden nichts machen, was ihren sicheren Betrieb kompromittieren würde. Und drittens: Es müsste wirtschaftlich machbar sein.

Kernkraftwerken droht laut Experten aus ökonomischen Gründen in den nächsten Jahren das Ende.

Das hängt von verschiedenen Faktoren ab, etwa von der Höhe des Strompreises, aber auch von Zusatzinvestitionen: Wie stark muss das Werk sicherheitstechnisch weiter aufgerüstet werden? Müssen wir als Betreiber mehr Geld als jetzt geplant in den Stilllegungs- und Entsorgungsfonds einzahlen? Die Politik kann den Weiterbetrieb beliebig unattraktiver machen.

Ist das nun ein Appell, die Betreiber finanziell möglichst zu schonen?

Nein. Ich appelliere aber an die Politik, die Thematik rein rational und nicht ideologisch anzugehen. Beznau als ältestes Kernkraftwerk der Schweiz ist sicher das nächste Werk, das stillgelegt wird. Wann dies der Fall sein wird, kann ich nicht sagen. Die Kernkraftwerke kommen irgendwann an eine Grenze. Wir müssen den Ausbau der erneuerbaren Energien deshalb stark beschleunigen.

Soll die Schweiz nochmals über das Neubauperbot abstimmen?

Das ist für mich schwer vorstellbar. Zumal es rein ökonomisch gesehen ein riesiges Risiko wäre, ein solches Neubauprojekt zu wagen. Auch Kleinreaktoren, auf die manche nun setzen, sind zwar interessant, aber noch lange nicht kommerziell verfügbar.

Ich finde offene Diskussionen über solche Technologien wichtig, aber: Wir dürfen uns nun keinesfalls an irgendwelche Hoffnungen klammern und darum bei der Energiewende nicht vorwärtsmachen.

Eine andere Option wäre der Bau von Gaskraftwerken. Plant die Axpo da etwas?

Nein. Solche Anlagen, die als Rückversicherung etwa für die Stromversorgung im Winter dienen, sind nicht wirtschaftlich. Sie laufen zu wenig, jede produzierte Megawattstunde wäre horrend teuer.

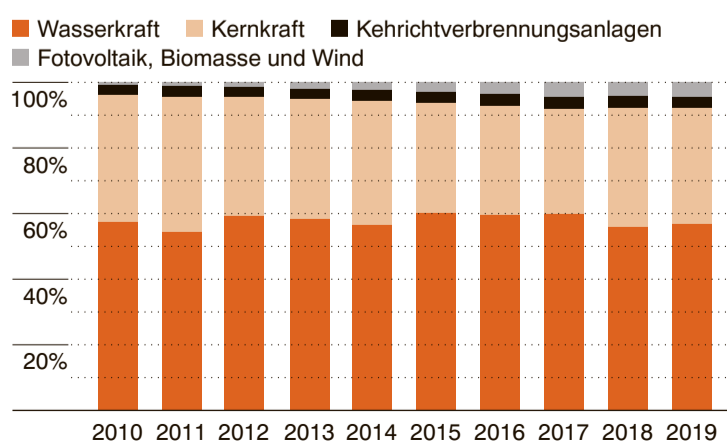
Sagen Sie auch Nein, sollte der Bund solche Projekte finanziell unterstützen?

Es wäre falsch, kategorisch Nein zu sagen. In diesem Fall wäre es uns aber wichtig, dass ein solches Werk CO₂-neutral betrieben würde. Es wäre absurd, eine CO₂-neutrale Energiequelle wie die Kernkraft durch eine fossile zu ersetzen. Die Schweiz müsste sich schämen.

Debatte um Stromversorgung

Kann sich die Schweiz künftig sicher mit Strom versorgen? Die Debatte flammte neu auf, nachdem der Bundesrat das Rahmenabkommen versenkt hatte und damit ein Stromabkommen mit der EU in weite Ferne gerückt war. Der Bundesrat will den Ausbau der erneuerbaren Energien beschleunigen und die Versorgungssicherheit stärken. Geplant ist eine Revision des Stromversorgungsgesetzes und des Energiegesetzes. Die Botschaft dazu hat er kürzlich präsentiert. (sth/lae)

Mix der Stromquellen in der Schweiz



Grafik: lae, mru / Quelle: Bundesamt für Energie